

Jahresbericht des Patientenfürsprechers für psychisch Kranke im Landkreis Böblingen für die Zeit vom 01. Jan. bis 31. Dezember 2010

Zuerst vielen Dank an Herrn Schmid und an Frau Zimmermann für die Betreuung im Jahr 2010 seitens des Landratsamtes.

Nachdem Dr. Kulke aus den Diensten des Landkreises gegen Ende des Jahres 2009 ausgeschieden ist, war die Stabsstelle für die Sozialplanung fast das ganze Jahr 2010 unbesetzt. Es mag zwar Gründe geben, dass man diese Personalentscheidung so lange hinauszögerte, aber einige Themen kamen eindeutig zu kurz und sind längst überfällig (-z. B. Beschäftigungsangebote für psychisch Kranke-) Es gab im Jahr 2010 zwei Sitzungen des GPSV. Ab Anfang des Jahres 2011 hat Frau Martin das schwierige Amt übernommen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Außerdem auch ein besonders Dankeschön an Frau Dr. Lober vom Gesundheitsamt. Die Zusammenarbeit mit ihr, auch bezgl. der psychiatrischen Sprechstunde, harmoniert sehr gut. Es gab an mich viele Rückmeldungen, dass diese Einrichtung bei Patienten und auch Angehörigen sehr gut ankommt.

Allgemeines zur Psychiatrie in BW:

Leider gibt es in Baden-Württemberg noch immer kein Landespsychiatriegesetz. Schon seit Jahren ziehen sich die Planungen dahin und nichts wird verabschiedet. Das Ministerium für Soziales wäre gut beraten, wenn die Fachöffentlichkeit endlich einen vernünftigen Leitfaden bekäme und weitere Schritte zur personennahen Therapie psychisch kranker Menschen gemeinsam formuliert und auf eine tragfähige Basis gebracht werden würde. Der im März 2009 durchgeführte Landespsychiatrietag war ein guter Anfang. Doch nun muss endlich nachgelegt werden. Am 19. September 2011 sind die Patientenfürsprecher aus BW ins Sozialministerium eingeladen und es wird, unter anderem, über den Stand der Planungen berichtet. Wir werden auf die Dringlichkeit hinweisen und hoffen, dass in absehbarer Zeit Vollzug gemeldet werden kann. Es wäre allerdings sehr wünschenswert, wenn ein solches Gesetz den Forderungen der Fachleute bezgl. der sozialpsychiatrischen Ansätze Rechnung tragen würde. Leider setzen sich auch unsere Landtagsabgeordneten nicht massiv genug ein, um dieses notwendige Gesetz zu realisieren. Man bedenke, seit Anfang 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention Bundesrecht. In Baden-Württemberg kann man immer noch Patienten 72 Stunden in einer Klinik zwangsweise festhalten, bevor das zuständige

Amtsgericht eingeschaltet wird. Innerhalb dieser Zeitspanne ist es möglich, dass der Patient medikamentös behandelt wird, was seine Persönlichkeit stark beeinträchtigen und verändern kann. Dies kollidiert mit dem Artikel 12 Absatz 2 der UN-Behindertenrechtskonvention. Das ist eigentlich ein untragbarer Zustand.

Über den alarmierenden Anstieg psychisch Kranker in Baden-Württemberg wurde in der Presse schon ausführlich berichtet. Aus meiner Erfahrung hat auch die Zahl junger Erwachsener, die sich in unserem Gesellschaftssystem nicht zurechtfinden, enorm zugenommen. Die Betroffenen, männlich und weiblich, sind den gestellten Anforderungen im Berufsleben oder auch in anderen Bereichen nicht gewachsen und reagieren mit depressiven Phasen, die behandelt werden müssen. Bei einem Vortrag im Juli 2011 mit dem Thema „-Ist unser Gesellschaftssystem krankmachend-?“ wurde darüber ausführlich diskutiert und was man ansatzweise dagegen tun kann. Den Vortrag und die anschließende Diskussion moderierte in bewährter Form Dr. Essinger vom Klinikum Nordschwarzwald. Die Veranstaltung initiierte der „Runde Tisch „.

Außerdem wurde vom Ev. Studienzentrum Stuttgart im Juni 2010 eine Fachtagung organisiert und durchgeführt mit dem Thema: „-Jung und psychisch krank – was nun??-“. Auch diese Veranstaltung war hoch interessant und bot Lösungsansätze an.

(-Überblick über bestehende Angebote, Einrichtungen und Betreuungen-)

Mitte Oktober hatten wir (-Patientenfürsprecher und Beschwerdestellen-) unsere Jahrestagung in den Räumen der Tagesklinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Pforzheim. Ein Schwerpunkt war das Thema Ethik-Komitees an psychiatrischen Krankenhäusern. Dr. Stotz vom Klinikum Hirsau und Leiter des dortigen Komitees, gab uns Einblick in die Arbeitsweise und die oft auftretenden Schwierigkeiten in diesem Bereich. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind Ärzte, Psychologen, Pflegepersonal, kath. und ev. Seelsorger und Patientenfürsprecher.

Außerdem wurde von einer Mitarbeiterin des Sozialministeriums ein Referat über die UN-Behindertenrechtskonvention gehalten. Ich bin eingangs schon darauf eingegangen und hoffe, dass bald ein Landespsychiatriegesetz verabschiedet wird.

Zur Psychiatrie im LK Böblingen:

Wie schon erwähnt, ist die Stabsstelle der Sozialplanung nach dem Ausscheiden von Dr. Kulke von Frau Martin Anfang des Jahres 2011 besetzt worden. Ich wünsche Ihr viel Erfolg bei Ihrer neuen Aufgabe.

Im Januar 2010 wurde im Leonberger Krankenhaus eine Abteilung für psychosomatische Medizin und Psychotherapie eröffnet unter der Federführung der Landesklinik Hirsau. Mit diesem ersten Schritt hin zu einer wohnortnahen Versorgung wird dem allgemeinen Wunsch weiter Bevölkerungskreise Rechnung getragen. Innerhalb kurzer Zeit war die Station voll belegt. Im Anschluss an die Eröffnung der 27 Betten-Station, wurde den interessierten Gästen die Einrichtungen gezeigt. Geräumige helle Zimmer, sowie gut ausgestattete Therapieräume und auch ausreichende Gemeinschaftszimmer erwarten die Patienten. Ich besuche regelmäßig die Station, aber die Beschwerden sind äußerst selten. Das ist eine positive Entwicklung. Negativ sind zu lange Wartezeiten.

Darüber hinaus ist nun ziemlich sicher, dass in Böblingen eine psychiatrische Klinik mit 60 Betten entstehen soll. Wenn alles günstig verläuft könnte die Landesklinik vielleicht im Jahr 2012 eine „Satellitenstation“ auf dem Gelände des BB-Krankenhauses eröffnen. Damit wäre eine weitere Etappe einer wohnortnahen Versorgung gelungen. Über die weiteren Schritte und den Stand der Planungen, weiß Herr Schmid vermutlich weit mehr.

Bei einer 2-tägigen Tagung im Mai 2010, Veranstalter und Ausrichter war die GWW, unter dem Titel Zukunftskonferenz wurden vielfältige und wichtige Themen angesprochen. Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, ein anerkannter Fachmann der deutschen Sozialpsychiatrie, referierte über das Thema angemessener Teilhabe aller Bürger an der Gesellschaft. Die GWW leistet im Landkreis Böblingen einen erheblichen Beitrag zu dieser wichtigen Funktion. Einer der Schwerpunkte war, den Teilnehmern Einblicke über Schnittstellen der Produktion und Dienstleistung der GWW zum privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Viele Vertreter unserer Gesellschaft nahmen an der Konferenz teil, um anschließend in Kleingruppen zu debattieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Dabei wurde auch den Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund ein breites Feld eingeräumt. Allgemein war die Veranstaltung sehr informativ und lehrreich und fand bei den Teilnehmern ein positives Echo.

Auch das Klinikum Nordschwarzwald trägt zur Fortbildung der in diesem Bereich tätigen Personen aktiv bei. Regelmäßig werden Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, die wichtige Themen ansprechen und von fachkundigen Referenten transparent vorgetragen werden. Anschließend ergeben sich immer interessante Diskussionen.

Zum Thema Notfallversorgung und psychiatrischer Notdienst gibt es für mich keinen neuen Stand. Ich bin schon letztes Jahr darauf ausführlich eingegangen. Es wird höchste Zeit, dass etwas in Bewegung kommt.

Die allgemeine Situation der Psychiatrie im Landkreis hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert. Es gibt weiterhin Klagen über zu lange Wartezeiten in den Praxen von Ärzten und Therapeuten. Auch die vielen Hilfsorganisationen, die im Wegweiser für psychisch erkrankte Menschen des LK BB zahlreich aufgeführt sind, werden teilweise schlecht erreicht und die Rückrufangebote dauern oft unzumutbar lang. Ob die Zahl der in Böblingen niedergelassenen 14 Nervenärzte ausreicht, bezweifle ich.

Auch über die Hirsauer Landeslinik gehen weiterhin Beschwerden ein. Schon im letztjährigen Bericht habe ich darauf hingewiesen, dass vor allem der häufige Wechsel von Ärzten auf den Stationen keine Nachhaltigkeit der Behandlung zulässt und die Patienten dadurch teilweise sehr verunsichert werden. Auch wird öfters auf ausländische Ärzte hingewiesen, die nicht ausreichende Deutschkenntnisse besitzen. In diesem hochsensiblen Bereich ist dies doch etwas fragwürdig. Die ärztliche Leitung arbeitet mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation. Die Überbelegung in einigen Stationen, berichteten einige Patienten, war teilweise grenzwertig. Manche Patienten lagen tagelang auf dem Flur. Dass dadurch Spannungen zwischen Personal und Patienten entstehen, ist nur allzu verständlich. Die Klinikleitung verweist in diesem Zusammenhang auf den Stand eines Akutkrankenhauses und bittet wegen der Überbelegung um Verständnis. Abhilfemaßnahmen sind in Arbeit.

Die Einrichtungen der GPZ`s in Böblingen, Herrenberg und Leonberg laufen meines Erachtens sehr gut. Was auch daran liegt, dass viele Ehrenamtliche sich einbringen und ausgezeichnete Arbeit leisten. Wenn ich mir die Wochenprogramme anschau, sehe ich, dass für die Betroffenen vieles geboten wird.

Statistische Angaben:

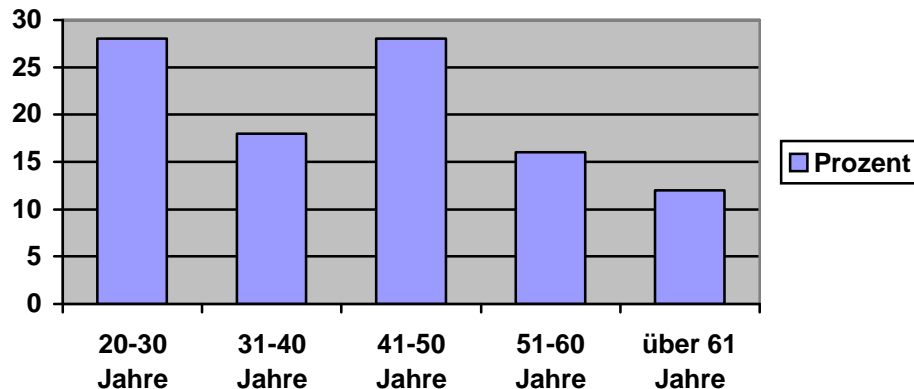
Vergleich zu den Vorjahren:

2005: 91 Kontakte bei 35 Personen
 2006: 84 Kontakte bei 40 Personen
 2007: 68 Kontakte bei 41 Personen
 2008: 92 Kontakte bei 53 Personen
 2009: 122 Kontakte bei 58 Personen
 2010: 112 Kontakte bei 56 Personen

Im abgelaufenen Jahreszeitraum 2010 kamen insgesamt 56 Ratsuchende auf mich zu. Dabei lag der Anteil der Männer bei 24 Personen (43%), der Anteil der Frauen bei 32 Personen (57%).

Es fällt auf, dass erstmals ein kleiner Rückgang der hilfesuchenden Personen eingetreten ist. Das könnte an den vielen Hilfsangeboten des Landkreises liegen.

Aufteilung der Ratsuchenden nach Altersangabe.



20-30jährige 28%
 31-40jährige 16%
 41-50jährige 28%
 51-60jährige 16%
 über 61jährige 12%

Bei etwa der Hälfte der Ratsuchenden gab es nur ein Gespräch. Beim Rest gab es mehrere Kontakte. Mit einigen Personen stehe ich seit Monaten regelmäßig in Verbindung. Auf das Thema junge Erwachsene bin ich schon im Vorfeld eingegangen.

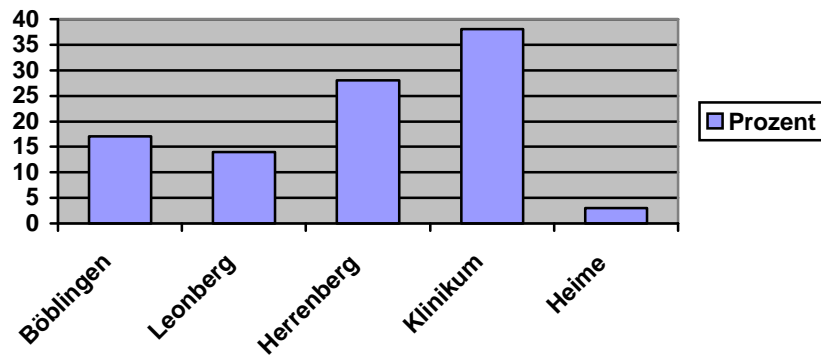
Hilfestellung bei folgenden gravierenden Themen:

Beistand der Eltern (-Mutter psychisch krank-) bei einem Gespräch mit einer Krankenkasse wegen eines Kuraufenthalts (-Kostenfrage-)
 Schwierigkeiten mit dem Jobcenter, (-es ging um Differenzen mit dem Sachbearbeiter-),
 Beistand bei Beschwerden in der Klinik über das Pflegepersonal oder Ärzte (-besonders schwierig bei Fixierungen oder ähnlichem-),
 Unterstützung eines Patienten bei einem Gespräch mit dem Rudolf-Sophien-Stift bezgl. einer Unterbringung,
 Unterstützung bei Gesprächen mit der Betreuungsbehörde und auch mit den Betreuern, manchmal Antrag auf Austausch der Personen,
 Suche nach geeigneten Heimen für die Patienten, (-Beratung der Angehörigen-),

Insgesamt kamen ca. 38% der Patienten auf eigene Initiative, ca. 50% auf Anregung der Angehörigen oder Betreuer und ca. 12% auf Veranlassung von Ärzten, Seelsorgern und sonstigen Fachdiensten auf mich zu.

Die Zahl der Patienten aus dem Gebiet BB/Sifi betrug 17 Personen (30%), aus dem Gebiet Herrenberg 25 Personen (47%) und aus dem Altkreis Leonberg 14 Personen (23%) .

Die Zahl der Kontakte während der Sprechstunden in BB lag bei 20 Kontakten (17%), in Leonberg bei 16 Kontakten (14%) und in Herrenberg bei 32 Kontakten (28%). Die Sprechzeiten und die Telefonnummern werden in den Amtsblättern veröffentlicht. Die Anzahl der Kontakte aus dem Klinikum Nordschwarzwald war demzufolge 44 Kontakte (38%).



Zahl der Kontakte aus Heimen (-Samariterstift in Leonberg, Martinshöhe, GWW-) war gering und lag bei 4 Kontakten (3%)

Ab Januar 2009 gibt es eine Sprechstunde im Lichtblick Herrenberg. Mit der Resonanz bin ich sehr zufrieden.

Einzelfälle:

Herr A. kam zu mir in die Sprechstunde und bat mich um Hilfe, da seine Frau schwere Depressionen hat und mit dem Haushalt und vor allem mit der Erziehung der beiden Kinder völlig überfordert war. Die Frau beschimpfte ihre Nachbarn und es bestand die Gefahr, dass das Jugendamt eingeschaltet würde. Nachdem Herr A. seinen Jahresurlaub verbraucht hatte, war es dringend notwendig, Hilfe zu organisieren. Auch die Eltern der Frau waren altersbedingt nicht in der Lage, ständig vor Ort zu sein um ihrer Tochter bei den anstehenden

Aufgaben zu helfen. Über Kontakte zur Krankenkasse half ich, in Zusammenarbeit mit der Hausärztin, eine Person zur Haushaltshilfe zu beschaffen, die 4 Wochen lang nachmittags die Betreuung der Kinder übernahm. Gleichzeitig wurden Überlegungen angestellt, wie der Frau bezgl. einer Therapie, Kur oder Tagesklinik geholfen werden könnte. Die Wartezeiten solcher Einrichtungen sind bekanntlich sehr lange. Trotzdem ist es gelungen, sie relativ kurzfristig in einer Klinik unterzubringen, wo sie 6 Wochen lang therapiert wurde. Die Kinder wurden in dieser Zeit über die Familienhilfe gut versorgt. Nach der Entlassung ist eine deutliche Verbesserung der Situation eingetreten und Frau A. ist zwischenzeitlich wieder in der Lage, den Haushalt zu führen und die Kinder zu erziehen.

Frau B. ist 28 Jahre alt, alleinstehend und wohnt noch bei ihren Eltern, allerdings in einer abgeschlossenen Wohnung. Sie ist schon seit einigen Jahren in psychischer Behandlung und auf Medikamente angewiesen. Nachdem sie im April 2010 orientierungslos aufgegriffen wurde, wahrscheinlich nahm sie keine Medikamente, kam sie in die Klinik nach Hirsau. In der ersten Woche ihres Aufenthaltes war Frau B. sehr aufgekratzt und aufsässig und es gab mehrmals Spannungen zwischen dem Pflegepersonal und ihr. Aufgrund dieser Situation wurde Frau B. nach ihrer Aussage vom Personal gemobbt und auch nach einer undurchsichtigen Aktion fixiert. Einige Tage später suchten der Freund von ihr und die Patientin ein Gespräch mit dem behandelnden Arzt, das aus ihrer Sicht nicht zufriedenstellend war. Anschließend kamen die Betroffenen in meine Sprechstunde und berichteten über den Ablauf. Es kam zu einem Gespräch mit den beteiligten Personen, das in sachlicher Atmosphäre ablief. Frau B. berichtete von 3 Fixierungen, wobei in der Akte nur eine vermerkt war. Nach Aussage des Arztes wird die Fixierung nur eingetragen, wenn die Türe über einen längeren Zeitraum tatsächlich abgeschlossen wird. Frau B. konnte dazu keine Angaben machen. Auch über den Grund der Aktionen gab es unterschiedliche Aussagen. Auch zum Thema Mobbing fand eine ausführliche Erörterung statt, die leider nicht geklärt werden konnte, da die beteiligte Person mehrere Wochen krank war. Mir wurde versichert, dass ein Personalgespräch stattfinden wird. Das oben erwähnte gemeinsame Gespräch verlief insgesamt offen und sachlich, aber nicht ganz zur Zufriedenheit der Patientin und ihres Freundes. Fehler wurden von beiden Seiten eingestanden. Frau B. wurde mit einer Depotspritze behandelt und wurde, nachdem sich ihr Zustand gebessert hatte, einige Wochen später entlassen.

Herr C. ist 42 Jahre alt, alleinstehend und wohnt bei seiner Mutter. Er ist seit ca. 10 Jahren krank und hat Zwänge, Ängste und Depressionen. Seit 2 Jahren ist er arbeitslos und Hartz4-Empfänger. Die Fachleute von der Arbeitsagentur sagten, dass er einen Eingliederungskurs machen soll, um später eventuell im freien Arbeitsmarkt unter zu kommen. Herr C. fühlte sich überfordert und bat mich, ihn in den anstehenden Gesprächen zu begleiten und zu unterstützen. Uns wurde

der Eingliederungsvertrag vorgelegt, ausführlich besprochen und erläutert. Der Kurs soll 8 Monate dauern, unterteilt in 3 Phasen mit der Möglichkeit auch aus-
zusteigen, falls er sich überfordert fühlt. Auch die Finanzierung wurde geregelt
und bei Abbruch der Maßnahme hat er keine Nachteile zu erwarten. Inzwischen
ist er in der dritten Phase der Aktion, es gefällt ihm gut und er hat auch
berechtigte Chancen auf dem freien Arbeitsmarkt eine Stelle zu bekommen.
Er hat sich schon beworben und ist zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen
worden.

Als Patientenfürsprecher nahm ich auch Termine anlässlich verschiedener
Veranstaltungen, allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, Einladungen und
repräsentativen Pflichten wahr.

Eine Zusammenstellung aller außerhalb der Sprechstunden und
Einzelberatungen wahrgenommenen Termine, entnehmen Sie bitte der Anlage 1.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich an dieser
Stelle sowohl bei der Leitung des Klinikums Nordschwarzwald als auch bei
allen Mitarbeitern der stationären und ambulanten Versorgung psychisch
Kranker im Landkreis und der angrenzenden Region für die gute
Zusammenarbeit und Unterstützung.

Leonberg, den 14. September 2011

Gerhard Doll
Patientenfürsprecher des LK Böblingen